

»Wir wollen ein neutrales Gutachten«

Berlin: Bauvorhaben von Deutscher Bahn und Senat gefährdet Denkmal für ermordete Sinti und Roma. Ein Gespräch mit Daniel Strauß

Fabian Linder

Sie kritisieren die Planung für die S-Bahnlinie 21 in Berlin. Was bedeutet das für das Denkmal für die von den Nazis ermordeten Sinti und Roma?

Ein Gedenken, wie es der Künstler Dani Karavan und die Bundesrepublik bei der Eröffnung vorgesehen haben, ist in dieser Form über mindestens ein Jahrzehnt faktisch nicht mehr möglich. Acht Meter vom Brunnendenkmal entfernt soll ein etwa 2.000 Quadratmeter großes Baufeld angelegt werden, wo riesige Baumaschinen eingesetzt und ein Tunnel in offener Bauweise entstehen soll. Nach der jetzigen Planung müssten mit Baubeginn Ende des Jahrzehnts die für das Gelände signifikanten 80 Jahre alten Bäume gefällt werden. Hinzu kommt der Baulärm über zehn Jahre sowie die Verschmutzung des Brunnenbeckens. Damit ist die Funktion des Denkmals nicht mehr gegeben.

Nun kritisieren Sie vor allem die Kommunikation mit Betroffenen in der bisherigen Planung.

2018 wurde als einziger der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma informiert. Allerdings auch nur auf Rückfrage. Die vorherige Planung erfolgte ohne jegliche Kommunikation. Erst die Stiftung Denkmal informierte den Zentralrat damals über das Bauvorhaben. Daraufhin kontaktierte die Bahn den Zentralrat. Die Problematik war, dass die Bahn Herrn Rose als Vorsitzenden des Zentralrats einlud und das als ausreichend ansah. Herr Rose hat die anderen Dachverbände nicht informiert, sondern einen Kompromissvorschlag eingebracht, der den Bau eines Kompensationszentrums vorsieht. Darauf ist die Bahn eingegangen, ohne weitere Verbände zu informieren.

Welche Rolle spielen denn Konflikte innerhalb der verschiedenen Dachorganisationen?

Der Zentralrat vertritt nur 15 Prozent aller deutschen Sinti- und Roma-Organisationen. 85 Prozent werden nicht durch ihn vertreten, sondern durch drei weitere Dachorganisationen.

Es gibt den Versuch, diese vier Dachorganisationen in einem künftigen Staatsvertrag zusammenzufassen, um einen Ansprechpartner für die gesamte Minderheit zu bilden. Dem verweigert sich der Zentralrat allerdings. Die Landesregierung schürt die Auseinandersetzung, indem ein Vertreter belohnt wird, der »kompromissbereit« ist, während die anderen zwar die verkehrstechnische Verbesserung befürworten, aber nicht auf Kosten des Gedenkens.

Sie staunten darüber hinaus über den Tag der Verkündung des Kompromissvorschlags.

Der 16. Dezember ist der Tag des Auschwitz-Erlasses, mit dem Heinrich Himmler den Befehl gab, alle Sinti und Roma im Reich nach Auschwitz zu deportieren und zu vernichten. Es ist einer der ältesten Gedenktage, die im Bundesrat begangen werden. Diesmal gab es darüber hinaus im Vorfeld noch den Bundestagsbeschluss über die Anerkennung der zweiten Verfolgung – also die Diskriminierung und Polizeipraxis nach 1945. Am gleichen Tag wurde uns dann mitgeteilt, dass der Kompromissvorschlag umgesetzt werden soll. Das ist erinnerungspolitisch ein Skandal. Man wird sich hier die nächsten Jahre öffentlich mit unserer Gegenwart und Zukunft auseinandersetzen müssen.

Warum bezeichnen Sie die jetzige Situation als unwürdig für die Erinnerungskultur in der BRD?

Der Völkermord an Sinti und Roma wurde 37 Jahre lang verleugnet. Nach der Anerkennung hat es dann noch mal 30 Jahre gedauert, bis dieses Denkmal eröffnet wurde. Und jetzt nach zehn Jahren ist die Funktion gefährdet. Ich kann nachvollziehen, dass der Berliner Senat seine Priorität bei der Verkehrspolitik sieht. Aber die Bundesrepublik hat das offizielle nationale Denkmal für Sinti und Roma initiiert. Sie muss sicherstellen, dass das Gedenken weiterhin gegeben ist.

Haben Sie gegenüber der Bahn und den zuständigen politischen Stellen bereits mögliche Lösungsvorschläge gemacht?

Wir wollen ein neutrales Gutachten, das Klarheit bringt bezüglich der konkreten Auswirkungen der jetzigen Planungen auf das Gedenken an diesem Ort. Wir reden immer über den Verkehrsbedarf Berlins, aber nicht darüber, dass die Bundesrepublik eine Verantwortung übernommen hat für den Völkermord. Wir werden konstruktiv dranbleiben. Es bedarf darüber hinaus endlich einer Einbindung aller Dachorganisationen und nicht des Ausspielens Einzelner gegeneinander.

Daniel Strauß ist Kovorsitzender Bundesvereinigung der Sinti und Roma (BVSR)

<https://www.jungewelt.de/artikel/465840.sinti-und-roma-denkmal-wir-wollen-ein-neutrales-gutachten.html>